

Kommunalwahlprogramm

zur

Gemeinderatswahl 2009

der Partei

DIE LINKE.

Ortsverband Schriesheim

VisdP.: Dipl.-Psych. Detlef Gräser
Panoramastraße 17
69198 Schriesheim
Tel.: 06203 - 661621
E-Mail: d.graeser@web.de

Programm und Flyer siehe unter Gliederungen/ OV Schriesheim
auf der Homepage: www.dielinke-rhein-neckar.de

Präambel Kommunalpolitik

Die Kommunen sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür brauchen wir starke Kommunen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

Die vielen tausend ehren- und hauptamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und -träger der Partei DIE LINKE in Ost und West stehen täglich vor der Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis umzusetzen. Dabei wird ihnen viel abverlangt: In Zeiten von Hartz-IV und angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen suchen sie zwischen Vision und Pragmatismus den besten Weg, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wählerinnen und Wähler einzulösen.

Quelle: <http://die-linke.de/politik/kommunal/>

Aber in jedem konkreten Schritt unserer sozialistischen Kommunalpolitik müssen zwei übergreifende Grundsätze Profil bestimmend erkennbar sein:

- Sozialistische Kommunalpolitik strebt nicht schlechthin „das Beste **für** die Menschen“ an, sondern sie ist emanzipatorisch darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich **mit** der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen bzw. die Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Insofern orientiert sich unsere Kommunalpolitik konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune.
- Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.

Beide Grundsätze in jeder Entscheidung zu verankern, verlangt die kritische Überprüfung unserer eigenen bisherigen Politikansätze und Arbeitsweisen sowie eine nachhaltige Selbstveränderung bei allen Akteurinnen und Akteuren.

Unsere Kommunalpolitischen Leitlinien zielen darauf, dass dies zum entscheidenden Kriterium für unser kommunalpolitisches Handeln in allen seinen tagtäglich konkreten Facetten wird. Sie sind auch eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, denn an diesen Kriterien wollen wir unsere Kommunalpolitik messen lassen.

Quelle: http://die-linke.de/fileadmin/download/kommunal/beschluss_kommunalpolitischeleitlinien.pdf

Kommunale Selbstverwaltung

Kindergärten und Stadtbüchereien, Feuerwehr und Rettungsdienst: Kommunale Dienstleistungen entscheiden wesentlich darüber, ob sich die Menschen vor Ort wohlfühlen. DIE LINKE fordert eine Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung im föderalen System von Bund, Ländern und Kommunen, damit über die Angelegenheiten „vor Ort“ möglichst auch dort entschieden werden kann.

Das Grundgesetz garantiert Städten, Gemeinden und Landkreisen, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ (Grundgesetz Art 28 Abs. 2). Die Realität sieht anders aus. Es fehlt eine angemessene Finanzausstattung zur Erfüllung der ständig wachsenden Aufgaben. Viele kommunale Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen sowie teilweise bis ins Detail gehende staatliche Standards „fremdbestimmt“. Örtliche Gegebenheiten finden keine Berücksichtigung. Es wird oft nur noch der Mangel verwaltet. Kommunale Selbstverwaltung im Sinne des Grundgesetzes wird damit ad absurdum geführt.

Seit vielen Jahren versprechen Bund und Länder eine Gemeindefinanzreform - passiert ist bislang nichts. Bei der Föderalismusreform kam es zu einem kleinen Fortschritt. Das Recht des Bundes, den Kommunen direkt und unmittelbar Aufgaben zu übertragen, ist weggefallen. Aber bei bereits übertragenen Pflichten bleiben die Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin auf den Kosten sitzen. Nach wie vor gibt es kein striktes Konnexitätsprinzip („wer die Musik bestellt, bezahlt“) im Grundgesetz. Kommunen müssen nach wie vor bei kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesgesetzgebers nicht angehört werden. Es gibt keine verbindliche Beteiligung der Kommunen an der Abschätzung der Folgen und der Kosten von Gesetzen sowie an europarechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.

DIE LINKE will erreichen, dass die Kommunale Selbstverwaltung im föderalen System von Bund, Ländern und Kommunen einen höheren Stellenwert bekommt. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss durch eine Gemeindefinanzreform sichergestellt werden. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu sichern. Die kommunale Daseinsvorsorge muss auch unter den neuen Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden.

Quelle: http://die-linke.de/wahlen/positionen/themen_az/io/kommunale_selbstverwaltung/

Armut 2009

Weltweit muss etwas mehr als 1 Milliarde Menschen derzeit mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen.

In Deutschland leben wir gemessen am Bruttonettoprodukt und dem Pro-Kopf-Einkommen in einem der reichsten Länder dieser Erde.

Warum gibt es hier in unserer unmittelbaren Nachbarschaft dennoch Armut?

Hier einige zusammengetragene Fakten. Alle Daten sind öffentlich zugänglich und somit überprüfbar. Umso erschreckender ist die anhaltende Untätigkeit aller Verantwortlichen. Es geht hier nicht darum, jemanden vor dem unmittelbaren Verhungern zu retten. Es geht darum unserer Gesellschaft nicht ihrer Grundlage zu berauben und allen Bürgern, vor allem unseren Kindern, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine sichere und erstrebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Es gab in den 60er, 70er und 80 er Jahren der BRD eine Zeit da wurde der Effekt unserer Wirtschaftsgemeinschaft, also auch die Transferleistungen unseres Sozialsystems, mit einem Fahrstuhl verglichen: Alle Insassen fuhren nach oben; egal ob arm oder reich.

Mittlerweile haben wir ein Paternostersystem: die Einen fahren nach oben, die anderen aber nach unten. Die Einkommens - und Vermögensverhältnisse driften extrem auseinander. Das heißt konkret: der Anteil der Reichen und der Anteil der Armen wird größer. Gleichzeitig haben die Reichen mehr Geld pro Kopf zur Verfügung und die Armen weniger.

Jeder vierte Deutsche lebt mittlerweile in Armut (13 %) oder ist von Armut bedroht (13%). Das geht aus dem am 25. Juni 2008 veröffentlichten 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hervor. Das Kriterium ist die relative Armutsgrenze, die mit 60% des Durchschnittseinkommens festgelegt wird (Kriterien nach OECD und SOEP). Arm ist in Deutschland somit, wer als Alleinlebender weniger als 938 Euro monatlich netto zur Verfügung hat. Eine Familie mit zwei Kindern gilt dann als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 1640 Euro Nettoeinkommen hat. Rund 10 Millionen Bundesbürger erhalten aktuell in irgendeiner Form staatliche Unterstützung zum Lebensunterhalt.

Bundesweit lebt mehr als jedes fünfte Kind in Armut, in Berlin jedes vierte.

Seit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 hat sich die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt. So sind derzeit mehr als 2,5 Millionen Jungen und Mädchen auf Sozialgeld angewiesen; Tendenz steigend. Anfang 2009 wird die Zahl schon auf 3 Millionen geschätzt. 1965 war es übrigens nur jedes 75. Kind. Das Welt-Kinderhilfswerk Unicef weist darauf hin, dass die Kinderarmut in Deutschland seit 1990 stärker gestiegen ist als in den meisten anderen Industriestaaten.

Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose tragen dabei das größte Armutsrisiko. Bei Alleinerziehenden (überwiegend Frauen) lebt fast jedes zweite Kind (40%) in Armut.

Arbeitslosigkeit wird, wie die Armut, an die nachfolgende Generation „vererbt“. Durch höhere Bildung und entsprechender Berufswahl gäbe es eine Chance diesen Kreislauf zu durchbrechen. Das Dilemma dabei: nirgends in Europa ist die Chance eine höhere Bildung zu erlangen, stärker vom Einkommen der Eltern abhängig wie in Deutschland.

Ein höherer Bildungsstand, und damit die bessere Chance der Armut zu entkommen, ist einkommensabhängig. Wer Arm ist, bleibt arm durch mangelnde Möglichkeiten sich weiterzubilden. Chancenungleichheit verfestigt die Armut.

Der Gesundheitszustand von Kindern verbessert sich mit der Höhe des Einkommens der Eltern deutlich. Arme Kinder sind öfter krank.

Sogar die allgemeine Lebenserwartung steigt mit dem verfügbaren Einkommen. Privatversicherte Personen leben im Schnitt 5 Jahre (Frauen) bzw. 7 Jahre (Männer) länger als gesetzlich Versicherte und oder Arbeitslose.

Einige Gründe für Armut: das Prekariat!

Der Anteil der Arbeitnehmer an den so genannten atypischen Erwerbsformen ist seit 1994 um 50 % gestiegen:

- die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zwischen 1994 und 2005 von 6,5 auf 11,2 Millionen.
- Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse von 1,9 auf 2,7 Millionen
- die Zahl der Selbständigen, die mitunter nur für einen Auftraggeber tätig werden, kletterte von 3,7 auf 4,4 Millionen

2006 arbeiteten nach Daten des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen 6,5 Millionen Personen für Niedriglöhne, das waren 22 Prozent der Beschäftigten. Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, zieht die Lohnarmutsgrenze bei 50 Prozent des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens eines Landes. Wer weniger verdient, gilt in der EU als arm trotz Arbeit. Danach beziehen insgesamt etwa 3,4 Millionen Beschäftigte in Deutschland Armutslöhne, errechnet das WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung). Der gesetzliche Mindestlohn müsste demnach in Deutschland bei etwa 9,50 Euro brutto liegen, ca. 50% des derzeitigen Durchschnittsverdienstes (Stand 2008).

Der Bruttodurchschnittslohn liegt derzeit bei Deutschland im vierten Quartal 2008 bei durchschnittlich 3127 Euro im Monat. Das sind ca. 2000 Euro netto, wohlgernekt im Durchschnitt. Die Einkommen an der Spitze sind deutlich gestiegen, die unteren Löhne zeitgleich deutlich gefallen. Bruttolöhne unter 5 Euro die Stunde sind längst keine Ausnahme mehr. Die Vorstandschefs der Dax-Konzerne konnten seit 2003 Jahren ihre Vergütung dagegen um rund 60 Prozent steigern. Der Reallohn der Arbeitnehmer sank im Zeitraum von 2000 bis 2008 um Minus 0,8 %, Deutschland ist damit übrigens in diesem Zeitraum das einzige EU-Land mit negativem Reallohn.

Ungleiche Vermögensverteilung:

Jeder erwachsene Deutsche hat 88000 Euro Vermögen bei 6,6 Billionen Euro Gesamtvermögen. Rein Rechnerisch. In Wahrheit sieht die Verteilung so aus (DWI, Januar 2009):

- Die 100 reichsten Menschen Deutschlands besitzen ungefähr soviel, wie etwa die ärmere Hälfte der Bundesbürger. Also 100 Menschen gegen 41000000 (41 Millionen)!
- ein Prozent der Bevölkerung vereinigt inzwischen 23 Prozent allen Vermögens auf sich.
- 10 Prozent besitzen über 61 Prozent des gesamten Vermögens.
- Die ärmeren 70 Prozent besitzen hingegen zusammen nur neun Prozent des gesamten Vermögens.
- 27 Prozent der Erwachsenen haben überhaupt nichts auf der hohen Kante, beziehungsweise haben Schulden.
- Die Schulden der ärmsten zehn Prozent sind größer geworden. Sie sind im Durchschnitt mit rund 15.000 Euro verschuldet.

Armut kann übrigens jeden treffen:

Der Mittelstandsbauch schmilzt. Der Anteil der Arbeitnehmer, der zwischen 70 bis 150 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient, ist zwischen 2000 und 2006 von 62 auf 54 % geschrumpft. (Allerdings nicht alle Richtung Armut). Das heißt, die tragende Säule unserer Gesellschaft, die umworbene „Mitte“ selbst ist durch die derzeitige Entwicklung gefährdet.

Ein weiterer Faktor für die flächendeckende Ausbreitung von Armut findet sich, neben den Niedriglöhnen, in der Regelung der Absicherung bei Arbeitslosigkeit: Hartz IV.

Hartz IV hat eine paradoxe Situation hervorgebracht. Das Risiko für absolute, d. h. die Existenz bedrohende Armut ist dadurch tatsächlich drastisch gesunken. Die relative Armut aber ist dadurch explodiert. Das Einfrieren der Regelsätze, die willkürlichen Referenzgrößen, die Pauschalierung der Sonderzahlungen und die Zuzahlungsverpflichtungen haben bewirkt, dass das Arbeitslosengeld II um ein Fünftel unter dem soziokulturellen Existenzminimum liegt. Somit sorgt der Staat durch willkürlich postulierte Sparzwänge dafür, dass Arbeitslosigkeit oder -unfähigkeit unmittelbar in relative Armut führt.

Da die Betroffenen auch ihre Ersparnisse und ihre private Altersvorsorge fast vollständig aufbrauchen müssen, zementiert der Staat zusätzlich die daraus resultierende Altersarmut. Ein 55 jähriger Arbeitnehmer (wenn z.B. Opel schließen würde...) muss erst sein Vorsorgevermögen aufbrauchen, damit er anschließend ca. 30 Jahre

staatliche Unterstützung unterhalb des Existenzminimums bezieht. Hätte er seine Vorsorge ca. 10 Jahre länger ansparen und behalten dürfen, könnte er seine Rente vielleicht um 300 - 400 Euro aus der privaten Lebensversicherung oder der Rentenversicherung aufbessern.

Seit der Ära Kohl findet eine systematische Umverteilung von unten nach oben statt. Die Einkommensteuer und die Unternehmenssteuer wurden gesenkt. Die Vermögenssteuer abgeschafft. Die Mehrwertsteuer wurde stattdessen erhöht. Die neue Abgeltungssteuer (25%) und die Reform der Erbschaftssteuer (höhere Freibeträge) bedienen erneut das reiche Klientel.

Das sind nur einige der gravierendsten Beispiele für die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Ca. 80 % aller Bundesbürger halten das derzeitige Wirtschaftssystem für sozial ungerecht.

Das Grundgesetz legt eindeutig fest (Artikel 20, Absatz 1 GG):

„Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Das Sozialstaatsprinzip ist damit im Grundgesetz als Staatsziel verankert.

Wir die Mitglieder der Partei die Linken, Ortsverband Schriesheim wollen auf die Folgen der menschenverachtenden und gegen das Sozialstaatsprinzip gerichteten Politik aufmerksam machen.

Wir wollen alle Bürger und Bürgerinnen für das bestehende Problem sensibilisieren:
Auch in der relativ „reichen“ Gemeinde Schriesheim, also in ihrer Nachbarschaft, gibt es arme Menschen: Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Arbeitsunfähige, Rentner, usw.

Unterstützen sie die Ziele der Linken vor Ort. Wir wollen den Betroffenen konkrete Unterstützung in Form von Rat und Tat bieten.

Konkrete Vorschläge/ Ideen: noch zu besprechen bzw. für Schriesheimer Verhältnisse zu ergänzen...

- Aufstockung des Hartz IV-Satzes (wie in München)
- Sozialpass und Sozialticket einführen
- kostenlose Schulspeisung (für Bedürftige)
- Rechts- und Finanzberatung im Rathaus; besonders bei der Wahrung der Rechte der Betroffenen im Konflikt mit Arge und Landkreisbehörden.
- Einrichtung eines Hilfsfonds für soziale Härtefälle. Wohlhabende Bürger helfen Bedürftigen!
- sozialer Wohnungsbau für erschwinglichen Wohnraum
- etc.

Sozialpaß

Mit der Einführung von Hartz IV gerieten die „finanziell Schwachen“ aus dem Blickwinkel der Kommunen. Typisch ist die Stadt Mannheim zu benennen: es gab früher einen Sozialpaß (Kosten: ca. 250000 DM) und ein Sozialticket (ca. 2 Millionen DM) und nach Hartz IV: nichts!?

Wer sind die so genannten „finanziell Schwachen“?

Alle Mitbürger mit einem Einkommen welches unterhalb der Pfändungsfreigrenze von ca. 940.- Euro liegt. Es sind also nicht nur Hartz IV-Empfänger betroffen (Hartz IV-Aufstocker, Alters-Grundsicherung, Asylbewerber, etc.) sondern auch Geringverdiener. Das geringe Einkommen schließt diesen Bevölkerungskreis an der gesellschaftlichen Teilhabe an Kultur, Naherholung und Freizeitgestaltung (z.B. Matheisemarkt) aus. Die Stadt als eine der ältesten Solidargemeinschaften hat deshalb die Verpflichtung hier als Wahlaufgabe regulierend und helfend einzugreifen. Wenn ein Haushalt Geld ausweist für z.B. Gewerbe (Einzelhandelskonzept), Freizeitgestaltung (Vereinsförderungsprogramm) Festhalle und Festplatz, Rebland-Flurumlage, (bisher) Tagespflegeplatz in der Sozialstation, Jugendsozialarbeiter, Wirtschaftsförderung usw. (lauter Einzelinteressen!), dann müssen auch Haushaltsmittel für die finanziell Schwachen zur Verfügung gestellt werden.

Zurzeit wird dieser Bevölkerungsteil ausgegrenzt.

Der Sozialpass ist ein Ausweis für Personen mit geringem Einkommen, die dadurch Anspruch auf finanzielle Vergünstigungen in bestimmten soziokulturellen Bereichen bekommen.

Stadt:

Kindergarten (besonders Alleinerziehende)
Stadtbücherei, Musikschule, Volkshochschule
Schule (Starterpaket, Mensaessen, Klassenfahrten)

Vereine:
Schwimmbad
Sport und Musikvereine (Trikots, Kostüme, Instrumente)

Sozialticket

Vergünstigung im öffentlichen Personennahverkehr.

In etlichen Großstädten (z.B. Dortmund) wird die Mobilität der Finanzschwachen in eigenen öffentlichen Verkehrsbetrieben finanziell unterstützt. Hier in der Region ist es ein überregionaler Verkehrsverbund, der ein solches Sozialticket zur Verfügung stellen müsste. Deshalb sind die Kommunen gefordert, gemeinsam die Initiative zu ergreifen und eine solche Unterstützung zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren. Die Beteiligung der Stadt Schriesheim an den Gebühren für die Kindertagesstätten bis zu 25% ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Den Umfang der finanziellen Mittel, die der Sozialpass zwangsläufig erfordert und der Umfang der Förderung sollte an einem „runden Tisch“ aller Beteiligten, also der Stadt, der Vereine und Verbände zusammen mit den Betroffenen erörtert werden. Auch die Kriterien für die Anspruchsberechtigung sollten gemeinsam festgelegt werden.

„Geld für die Menschen“!

Der Tunnel und die Folgen

Ein lang gehegtes Versprechen wird endlich erfüllt. Der Tunnel kommt.

Die Linke in Schriesheim begrüßt dies ausdrücklich. Die Talstraße, welche heutzutage noch mit 14.000 Autos belastet ist, sieht endlich ruhigeren Zeiten entgegen. Anwohner werden entlastet, Gefahren stark reduziert. Der Tunnelbau hat aber auch seine Schattenseiten.

Der an der östlichen Seite entstehende Abraum muss anwohnerverträglich entsorgt werden. Die Möglichkeit zur Zwischenlagerung und anschließendem Abtransport durch die fertige Tunnelröhre ist erneut zu prüfen.

Nicht nur der BDS (Bund der Selbstständigen) befürchtet geschäftliche Einbußen für die Läden und Büros in der Altstadt. Dadurch geraten auch Arbeitsplätze in Gefahr. Hier fällt der Wirtschaftsförderung eine große Bedeutung zu. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Vollzeitstelle für Wirtschaftsförderung.

Eine effektive Förderung des Fremdenverkehrs halten wir für unerlässlich um die Wirtschaft in Schriesheim zu stärken. Der Bau des Hotels auf dem Gelände des Gasthauses zum „Deutscher Kaiser“ sollte nur ein erster Schritt sein. Die geographische Nähe zu Heidelberg, Weinheim, Viernheim und Mannheim sowie die natürlichen Voraussetzungen in Schriesheim selbst bieten ein großes Entwicklungspotential.

Die Einrichtung einer attraktiven Fußgängerzone hat sich in anderen Kommunen schon bewährt und ist auch für Schriesheim in Betracht zu ziehen.

Eine innerstädtische Buslinie, die zur Hauptverkehrszeit alle fünfzehn Minuten verkehrt, unter Einbeziehung der Fußgängerzone verstärkt den positiven Effekt einer verkehrsfreien Fußgängerzone.

Die Linke und die Vereine

Die Vereine spielen in jeder Gemeinde eine äußerst wichtige Rolle in Jugendarbeit, Gesundheitsförderung, Volksbildung, Freizeitgestaltung und anderen sozialen Aktivitäten.

Schriesheim hat ein sehr breites Spektrum an Vereinen, so dass es schwer ist allen Vereinen gerecht zu werden und alle Wünsche zu erfüllen. Dies war schon immer so und wird angesichts der Notlage der öffentlichen Haushalte in Zukunft wohl noch schwieriger werden.

Wir regen deshalb auch hier die Gründung einer Bürgerstiftung zur Unterstützung der Vereine an und sehen uns ansonsten mit der bisherigen Linie des Gemeinderates und der Bürgermeister einverstanden. Natürlich kann man immer etwas verbessern und gerechter gestalten. Wir bitten deshalb die Betroffenen Verantwortungsträger um zahlreiche Anregungen und Vorschläge. Auch mit Beschwerden sollten Sie sich nicht zurückhalten.

Wie sind uns bewusst das die Vereinspolitik in der Gemeinde eine sehr wichtige Rolle spielt und werden uns deshalb in Zukunft stärker deren Interessen zuwenden. Viele Fragen werden wohl von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die finanziellen Zwänge machen dies auch nicht leichter. An der bisherigen Politik des Gemeinderates und vor allem des früheren Bürgermeister Peter Riehl haben wir wenig auszusetzen, lassen uns aber gerne eines besseren belehren.

Was aber unbedingt verbessert werden muss, ist die Koordination von Vereinen und Schule.

Vor allem in Hinblick auf die kommende Ganztagschule wird dies in Zukunft noch wichtiger werden. Die bisherige Praxis des planlosen aneinander vorbei und vor sich hinwurschteln schadet der Entwicklung der Schüler und dem Erfolg der Vereine.

Grundsätzlich stellt sich aber die Frage warum so viele für die Gesellschaft wichtige Aufgaben unentgeltlich erfüllt werden müssen, wohingegen mit allem möglichen Quatsch Reichtümer angehäuft werden. Wir empfinden es als eine Schande, das selbst bitterarme Länder wie Cuba, oder relativ arme wie Weißrussland, sich hauptberufliche Kräfte in der Jugend-, Sport und Kulturarbeit leisten können, die zudem oft auch besser qualifiziert sind als viele hiesige Ehrenamtliche. Mittel bis langfristig muss hier ein Umdenken stattfinden. Dieses Problem kann aber in absehbarer Zeit nicht in der Gemeinde gelöst werden. Hierzu bedarf es eines Umdenkens auf nationaler und föderaler Ebene. Wir finden es unverständlich dass die gesellschaftlich unendlich wichtige Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen so wenig wertgeschätzt wird.

Die Finanzkrise wird nicht folgenlos bleiben!

Allerdings wird es erst einmal einen warmen Finanzregen geben. Es gibt Geld um Schulen zu sanieren, die Infrastruktur zu verbessern und auch um Energie zu sparen. Es gilt jetzt die vielleicht vorerst letzte Möglichkeit zu nutzen, sinnvoll und effizient zu investieren.

Schriesheim hat das Glück über natürliche Reichtümer zu verfügen von denen andere Kommunen nur träumen können. Diese werden aber schlecht genutzt. Solarenergie, Geothermie, Biomasse, Wasserkraft und Energieeinsparung sind realistische Optionen in Schriesheim und Umgebung.

Es ist höchste Zeit endlich die Weichen für die Zukunft zu stellen. Es ist keine Zeit mehr für Wenns und Abers, Strom und Wärme kostet uns sowieso Geld. Andere Gemeinden haben schon vor Jahrzehnten damit begonnen eine eigene, effizientere und ökologische Energieversorgung aufzubauen. Nebenbei, richtig gemacht, bleiben die Energiepreise nachhaltig auf bezahlbarem Niveau. Die Abhängigkeit von Rohstoffspekulationen, Krisen und Kriegen geht zurück und die Sicherheit nimmt zu. Eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen erhöht die Kompetenz, erweitert die Möglichkeiten und senkt die Preise für Technik und Dienstleistungen (gemeinsamer Einkauf).

Konjunktur und Energiesparprogramme, Investitionszulagen von der EU bis zum Land Baden Württemberg, günstige KfW Kredite etc.; trotz Krise ist das Umfeld günstig endlich zur Tat zu schreiten. Es bleibt uns nur ein überschaubares Zeitfenster. Bald schon werden die Schulden erdrückend werden. Das einzige was uns jetzt bleibt, ist das aufgenommene Geld sinnvoll und nachhaltig zu investieren, gewinnbringende Eigenbetriebe aufzubauen, um auch in rauerer Zeiten sozial handlungsfähig zu bleiben.

Über Details, Vorgehensweisen, Strukturen und Finanzierung haben wir uns natürlich auch schon Gedanken gemacht. Wir fordern den Gemeinderat auf sich ohne parteipolitische Scheuklappen an die Arbeit zu machen und im Sinne unserer Kinder und Enkel zu handeln. Auch aus purem Egoismus heraus ist es Zeit etwas zu unternehmen. Wir wollen ja schließlich auch in den nächsten Jahren bei Licht im Warmen sitzen. Katzen und Igel wäre es lieber mit Licht aus; was auch Geld sparen würde.

Unser Wahlspruch: "Den natürlichen Reichtum Schriesheims sozial und nachhaltig nutzen".

Neubaugebiet OEG-Bahnhof

Die Errichtung des Neubaugebietes am OEG-Bahnhof/Schillerstraße ist für Schriesheim ein Jahrhundertprojekt. Entsprechend sorgfältig und liebevoll sollte geplant werden. Eine enge Abstimmung zwischen den Investoren, Projektentwicklern, dem zuständigen RNV-Management (RNV, OEG, AG) und dem Rathaus ist hierfür unerlässlich. Die bisher vorgelegten Planungen weisen aber unserer Ansicht nach noch erhebliche Schwächen auf.

Durch ein Parkhaus mit mehrstöckiger Tiefgarage ließe sich viel Fläche gewinnen und die Ästhetik der

Gesamtanlage erhöhen. Die Tiefgarage kann auch überbaut werden.

Um die allseits verlangte Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu erhöhen, fordert die Linke einen Wartesaal in den ein Kiosk und vielleicht weitere kleine Geschäfte integriert sind. In diesem Zusammenhang muss natürlich auch eine öffentliche Toilette bereit gestellt werden.

Es gibt einen allgemeinen Konsens über die Notwendigkeit Energie zu sparen und möglichst regenerative Energieerzeugung einzusetzen. Es bietet sich auf diesem Gelände die Möglichkeit durch den Bau eines großen unterirdischen Wärmespeichers alle Wohn und Geschäftseinheiten auch im Winter mit solar erzeugter Wärme zu versorgen. Diese Art der Energieversorgung sorgt auch für überschaubare Energiekosten auf Jahrzehnte hinaus und erhöht somit den Wert der geplanten Bauten. Eine Ergänzung durch ein kleines Blockheizkraftwerk wäre sinnvoll und erhöht die Energiesicherheit.

Ein gemeinsamer Regenwasserspeicher würde die Kosten für Wasser und Abwasser senken. Zusätzlich sollten hier Sozialwohnungen entstehen, um auch sozial schwächere Mitbürger in die Gemeinschaft zu integrieren.

Forderungen und Anregungen für die Neugestaltung Schriesheims rund um das OEG Gelände (Forschner, Schwarzer Adler, etc.).

1. Möglichst viele Tiefgaragen (Parkhaus?)
2. Höchster Energiesparstandard (2040)
3. Gemeinsame Planung aller Investoren (incl. OEG)
4. Balkone für alle (Balkone statt Wäschetrockner)
5. Wärmeerzeugung durch Solarkollektoren kombiniert mit Erdwärmespeicher (je größer desto effizienter)
6. Arkaden und Galerien
7. Sozialer Wohnungsbau
8. Photovoltaik
9. Warmwasseranschlüsse für Wasch- und Spülmaschinen (Förderung und Empfehlung entsprechender Geräte - erhöht die Effizienz der Solarwärme)
10. Öffentliche Förderung ästhetischer Bauweise
11. Gewerbekonzept
12. Park+Ride Parkplätze
13. Familienfreundlichkeit
14. Kundenfreundlicher OEG Bahnhof. (geschlossene Warteräume mit Service, etc.)
15. Geschützte Fahrradabstellmöglichkeiten
16. Attraktive Grünflächen

Argumente gegen genveränderte Organismen

Gentechnik-Pflanzen breiten sich unkontrolliert aus

Dies geschieht durch Verunreinigung von Saatgut, durch Saatgutreste auf landwirtschaftlichem Gerät und durch Pollenflug auf benachbarte Felder. Wind und Bienen tragen Pollen kilometerweit. Die Pollen übertragen die veränderten Gene auf herkömmliche Pflanzen. Dadurch wird die gentechnikfreie Landwirtschaft gefährdet. Wenn nur 0,3 % des Mais-Saatguts verunreinigt ist, würden bereits 300 Gentechnik-Pflanzen pro Hektar wachsen

Gentechnik schadet der Umwelt

Der Anbau von Gentechnik-Pflanzen, der meist in Monokulturen stattfindet, vernichtet die biologische Vielfalt und die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Das freigesetzte Gift, das einige Gentechnik-Pflanzen produzieren, schadet Insekten und Kleintieren und reichert sich in Boden und Wasser an. Andere Gentechnik-Pflanzen (Roundup-Ready-Soja) sind unempfindlich gegen ein Ackergift, damit der Landwirt nur noch dieses eine Gift braucht. geprüft. Davon muss er jedoch langfristig immer mehr spritzen, weil auch Wildkräuter widerstandsfähig werden. Durch die neue EU-Richtlinie zum Pestizideinsatz wird derzeit ein Verbot von Roundup geprüft.

Gentechnik-Pflanzen anzubauen ist teurer als konventioneller Anbau

Der Preis für das Saatgut ist höher, der Ertrag ist ca. 7 % niedriger und der Verbrauch von Spritzmitteln wird von Jahr zu Jahr wegen Resistenzenbildung höher statt geringer.

Gentechnik hilft nicht gegen den Hunger

Seit Jahrzehnten verspricht die Gentechnik-Branche immer neue Wunderpflanzen gegen Hunger und Krankheit. Geliefert hat sie bisher nichts. Eine wirkliche Lösung des Hungerproblems bietet die ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft, die den Menschen, vor allem in der dritten Welt, ihre eigene Existenz sichert.

Die Wirkung auf die menschliche Gesundheit ist ungeklärt

Langzeitstudien zur Wirkung von Gentechnik-Pflanzen auf die menschliche Gesundheit gibt es nicht. Nur kurzfristige Effekte werden untersucht. Die Studien führt jedoch hauptsächlich die Gentechnik-Industrie durch und die ist nicht neutral. Fütterungsstudien an Versuchstieren liefern beunruhigende Ergebnisse wie auftreten von Allergien und sogar Krebsentstehung.

Die Preise für gentechnikfreie Lebensmittel steigen

Um seine Produkte gentechnikfrei zu halten, muss ein Hersteller erheblichen finanziellen Mehraufwand betreiben, wenn in der Nachbarschaft Gentechnik-Pflanzen angebaut werden. Die meisten Kosten, die durch Verunreinigung mit Gentechnik-Pflanzen entstehen, muss er selber tragen und nicht der dafür verantwortliche Landwirt.

Patente schaffen Abhängigkeiten

Durch die Patentierung von Gentechnik-Pflanzen versuchen Konzerne seit Jahren, die Kontrolle über unsere Lebensmittel zu erlangen. Landwirte machen sich strafbar, wenn sie ihr Saatgut selbst vermehren. Vom größten Saatgut-Hersteller Monsanto stammen 90 % aller Gentechnik-Pflanzen. Tausende von indischen Baumwollfarmerfamilien sind beispielsweise ruiniert, weil die genveränderte Pflanze im Gegensatz zur traditionellen Baumwolle die klimatischen Verhältnisse, wie z.B. die extreme Trockenheit, nicht überlebte. Neues Saatgut können sie sich nicht mehr leisten. Hunderte von Familienvätern haben deshalb bereits Selbstmord begangen.

Die Preise für Saatgut macht nicht mehr der Markt sondern eine einzige Firma auf der gesamten Welt: Monsanto!

Gentechnik schon überall?

Die Gentechnik-Industrie und Lobby-Verbände behaupten immer wieder, dass Gentechnik-Pflanzen bereits überall wachsen und unsere Lebensmittel nicht mehr ohne Gentechnik hergestellt werden können.

Wussten Sie schon, dass ...

- in ganz Europa nur eine einzige Gentechnik-Pflanze (Bt-Mais MON810) zum Anbau zugelassen ist?
- 2008 in Deutschland nur auf 3.171 Hektar Gentechnik Mais angebaut wurde? Das ist 0,15% der gesamten Mais-Anbaufläche in Deutschland.
- in Bio-Lebensmitteln Gentechnik verboten ist?

Ist Gentechnik nur eine andere Form der Züchtung?

Die herkömmliche Züchtung arbeitet nur mit Organismen der gleichen Art oder mit nahen Verwandten. Bei der Gentechnik wird Erbmaterial von Bakterien, Viren, Pflanzen, Tieren und Menschen isoliert und in andere Lebewesen übertragen. Dabei werden die natürlichen Artgrenzen überschritten. In einem gentechnisch veränderten Organismus (GVO) ist das genetische Material also so verändert worden, wie es unter natürlichen Bedingungen nicht vorkommen würde.

Was können sie tun:

Achten Sie beim Einkauf von konventionellen tierischen Produkten auf die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung, oder kaufen Sie Bio-Ware. Damit gehen Sie sicher, dass auch bei der Tierfütterung auf Gentechnik-Pflanzen verzichtet wurde. Denn: 80% aller in die EU importierten Gentechnik-Pflanzen werden zu Tierfutter verarbeitet. Fragen Sie im Laden oder Supermarkt nach Produkten mit der „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung oder nach Bio-Produkten. Denn nur durch eine starke Nachfrage setzen sich diese Produkte auf dem Markt durch und tragen so dazu bei, dass weltweit weniger Gentechnik-Pflanzen angebaut werden. Wehren Sie sich gegen den Anbau von Gentechnik-Mais in Ihrer Nachbarschaft.

Was hat das Genproblem mit Lokalpolitik zu tun?

Wussten Sie das Genmais auch in der Nachbarschaft von Schriesheim angebaut wird?

In Ladenburg unmittelbar an der Grenze zur Gemeinde Schriesheim liegt eines von zwei landesweiten Versuchsfeldern mit Genmais der Sorte MON 810. Sie dienen den Angaben zufolge der Sortenprüfung im Auftrag des Bundessortenamtes. Untersucht wird beispielsweise die Ausbreitung der Pollen des genveränderten Mais Mon 810 oder die Anreicherung des durch die Manipulation der Gene produzierten

Insektengiftes (Cry1Ab) durch unterpflügen der Pflanze. Dieses Gift kommt sonst nur in Bodenbakterien (Bacillus thuringiensis, abgekürzt Bt) vor. Es soll den Genmais gegen den so genannten Maiszünsler (Ostrinia nubilalis) schützen, der sich übrigens in Deutschland erst durch das veränderte Anbauverhalten der Erzeuger ausgebreitet hat! Für das früher übliche Unterpflügen der Maisstoppeln ist in der Agrarindustrie eben keine Zeit mehr...

Die Ausbreitung von Pollen auf dem Gebiet Schriesheims ist durch die vorherrschenden Westwinde kaum zu verhindern. Neuere Untersuchungen zeigen, dass das von der Pflanze produzierte Gift sich im Boden in hoher Konzentration anreichert. Besonders die Landwirte, die Obst- und Weinbauern sowie die Imker sollten deshalb ein existentielles Interesse daran haben, dass sich keine weiteren GVO hier ausbreiten können.

Alle regionalen Anstrengungen den Anbau zu verhindern zum Trotz, wird der Freilandversuch sogar mit rechtsstaatlich fragwürdigen Mitteln unter Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten, Abgeordnete und Pressevertreter, durchgesetzt. Der Einsatz der gewaltbereiten osteuropäischen Sicherheitskräfte allein kostete den Steuerzahler im Jahr 2008 ca.115000.- Euro. Die Kosten des Versuchsanbaus selbst gehen mittlerweile in die Millionen.

Österreich und Ungarn haben den Anbau von Mais MON 810 gestoppt, Frankreich und Griechenland sind dem Beispiel bereits gefolgt.

Ein wesentlicher Punkt soll zum Schluss noch erwähnt werden. Alle Rechte für den Anbau von MON 810 liegen bei einer einzigen, ausschließlich profitorientierten amerikanischen Firma: Monsanto. Diese Firma geht mit illegalen Methoden gegen kritische Landwirte vor. Studien werden zurückgehalten oder verfälscht. Stellen sie sich vor, eine einzige Firma besäße alle Rechte an der Produktion von unseren Lebensmitteln... Steigt dann die Qualität? Sinken dann die Preise?

Wir fordern:

- Stoppt die unsinnigen Freilandversuchen in unserer Nachbarschaft!
 - (Diese Forderung wurde ja mittlerweile erfüllt!)
- Kein Anbau von Gen-veränderten Organismen in der Region!
- Klare Kennzeichnung von gen-haltigen Futtermitteln und Lebensmitteln!
- Konsequente Anwendung ökologischer Kriterien bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln!
- Freies Saatgut für die Erzeuger!

Die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zieht inzwischen die Konsequenzen aus den eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu den Gefahren der Gentechnik und verbietet dieses Jahr den Anbau von Genmais MON 810. Dafür wird sie im Gegenzug von allen Lobbyisten vor allem aus der CDU heftig kritisiert und unter Druck gesetzt.

Die Folge: sie erlaubt den Anbau der von der BASF entwickelten Gen-Kartoffel **Amflora**.

Stadtbus soll Fahrt aufnehmen

Wenn man sich in der Nachbarschaft im Rhein-Neckar-Kreis umsieht, dann stößt man unweigerlich darauf, dass etliche Gemeinden einen Stadtbus haben. Hier sind zu nennen Eppelheim, Neckargemünd, Walldorf und Sandhausen. In Schriesheim hat man dagegen bisher nicht einen Gedanken daran verschwendet.

Der Stadtbus sollte im 30- Minuten-Takt fahren und die Kernstadt mit den Stadtteilen und den Baugebieten „Fensenbäumen“ und „Nord“ verbinden. Da dieses sicherlich nicht mit einer Ortslinie getan ist, muss es zwei Linien geben, die einen zentralen Verknüpfungspunkt haben.

Die Linien könnten folgende Fahrwege haben:

Linie 1: Gewerbegebiet (weiter als Linie 2)- OEG Bahnhof- Conradstraße- Fensenbäume- Ladenburger Straße- OEG-Bahnhof- Rindweg- Mozartstr.- Festplatz (weiter als Linie 2)

Linie 2: Festplatz (weiter als Linie 1)- Bismarckstraße-Leimengrubweg-OEG Bahnhof- Schillerstr.- Gewerbegebiet (weiter als Linie 1)

Als erster Schritt sollten die oben vorgeschlagenen Linien eingeführt werden, hierbei ist die Bevölkerung aufgefordert, Ideen und Wünsche mit einzubringen.

Dieses System bringt Vorteile mit sich. Man kann, wie im Punkt „Der Tunnel kommt“ gefordert, eine Fußgängerzone in der Heidelberger Straße einrichten. Auch den Geschäftsleuten werden keine Kunden verloren gehen, denn ein attraktives Stadtbusangebot wird die Leute dazu anregen, Schriesheim für sich zu

entdecken und auch dafür sorgen, dass niemand durch den Tunnel an Schriesheim vorbeifährt.

In einem weiteren Schritt sollte der Stadtbus auf den Stadtteil Altenbach ausgedehnt werden, hier wäre folgende Linienführung ein Vorschlag:

Linie 3: Festplatz (weiter als Linie 4)- Friedrichstr.- OEG Bahnhof- Dossenheimer Weg-
Gewerbegebiet

Linie 4: Ortsmitte- Rathausstraße- Abtsweg- Eichelbergstraße- Ortsmitte- Wendehammer
Ost- Hartweg- Obere Kippstr.- Kippstr.- Ortsmitte- Waldschwimmbad- Huberweg-
Rappenbuckelweg- Talstr.- Festplatz (weiter als Linie 3)

Im Zuge der Einführung dieser Linie sollte ein Rendezvous-Punkt (zentraler Umsteigepunkt mit kurzen Übergangszeiten) errichtet werden. Hierzu sollte an der L 536 (Tunnelzufahrt) ein Park and Ride Parkplatz sowie an der OEG-Linie oberhalb eine Haltestelle gebaut werden. So könnte auch für die Autofahrer ein Anreiz zum Umsteigen geschaffen werden. Außerdem wäre es möglich, dass der Bus aus Wilhelmsfeld an Schriesheim mit nur einem Halt vorbeifährt und somit Wilhelmsfeld auf schnelle Weise mit Mannheim verbinden kann.

Vorschläge zur Struktur von lokalen Stadtwerken

Genossenschaften haben sich in vielen Bereichen (Volksbanken, Winzergenossenschaft, Raiffeisen, Baugenossenschaften) als praktikable und transparente Organisationsformen bewährt, die zudem einen sehr guten Schutz vor feindlichen Übernahmen bieten. Deshalb favorisieren wir diese Firmenstruktur als Grundlage eines lokalen Energieunternehmens. Die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und Städten wie Weinheim und Ladenburg, aber auch Heidelberg bietet sich an und wäre überaus nützlich. Die natürlichen Reichtümer der Region, wie Biomasse (nicht aus landwirtschaftlicher Fläche, allenfalls Abfälle davon), Geothermie, Wasserkraft und Solarenergie bieten ein breites Spektrum von Möglichkeiten.

Die Stadt Schriesheim sollte schnellstmöglich mit in Frage kommenden Partnern wie z.B. der Stadt Ladenburg, Stadt Weinheim (eigner der Nutzungsrechte für Geothermie auf der Schriesheimer Gemarkung), Raiffeisen Energie, Volksbank, MVV Energie und den Stadtwerken Heidelberg Verhandlungen aufnehmen und gleichzeitig alle in Frage kommenden Fördertöpfe vom Kreis bis zur EU, sowie entsprechende Stiftungen auf ihre Möglichkeiten prüfen und nutzen. Auch im Rahmen der aktuellen Konjunkturprogramme ergeben sich Perspektiven. Eine wichtige Rolle sollte privates Kapital spielen das einen erheblichen Teil der Genossenschaft finanzieren könnte. Nach den schlechten Erfahrungen die viele Anleger mit weit hergeholten Finanzpapieren und Aktien gemacht haben, ist eine Beteiligung an einem Unternehmen vor Ort, das sich leicht durchschauen und kontrollieren lässt, sehr attraktiv. Auch die ökologischen, wirtschaftlichen, Ressourcen schonenden sowie Klima schützenden Aspekte lassen sich leicht nachvollziehen.

Neben der Energieerzeugung muss es auch Aufgabe einer solchen Genossenschaft sein, Energiesparmaßnahmen zunächst im öffentlichen Bereich zu finanzieren. Durch intelligente Planung und Einsatz modernster Technik ließe sich der Energieverbrauch im öffentlichen Bereich in wenigen Jahren um mehr als 50% senken. Eine Energieagentur die sich als Teil der Genossenschaft mit solchen Fragen beschäftigt, könnte auch überregional tätig werden und private sowie gemeinnützige Profite erzielen.

Die Genossenschaft darf aber nicht nur der Profiterzielung sowie der langfristigen Stabilisierung der Energiepreise dienen, sondern muss durch direkte Angliederung einer Bürgerstiftung auch soziale Verantwortung übernehmen. Angesichts der Tatsache das korrupte wie kriminelle Seilschaften die öffentlichen Haushalte immer öfter plündern, werden Bürgerengagement und lokale Einnahmequellen immer wichtiger, um soziale Aufgaben zu bewältigen.